

28.11.2019

Border Adjustment – Ein möglicher Baustein zur Verhinderung von Carbon Leakage

Positionspapier

- Die **Dekarbonisierung** der Industrie darf in Europa nicht dadurch erreicht werden, dass inländische Produktion durch Importe ersetzt werden, die mit einer deutlich höheren CO₂-Belastung verbunden sind. Der Schutz vor Carbon Leakage muss daher ein zentraler Baustein der Industrie- und Klimapolitik sein.
- Die Stahlindustrie in der EU ist aufgrund des scharfen internationalen Wettbewerbs besonders **Carbon Leakage** gefährdet. Perspektivisch nimmt diese Gefahr durch steigende Kosten aus dem ETS massiv zu. Vor allem in der vierten Handelsperiode des Europäischen Emissionsrechtehandels drohen der Stahlindustrie erhebliche Minderzuteilungen an Zertifikaten.
- Priorität zur Vermeidung von Carbon Leakage haben bestehende Präventionsmaßnahmen wie die kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten. Ein Grenzausgleich sollte diese allenfalls ergänzen, darf sie jedoch nicht ersetzen. **Border Adjustment** sollte also nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn herkömmlicher Carbon-Leakage Schutz nicht mehr ausreicht, um schwere Nachteile im internationalen Wettbewerb, resultierend aus dem ETS, zu vermeiden.
- Ein Border Adjustment muss **WTO-konform** ausgestaltet sein. Dies beinhaltet insbesondere, dass an der Grenze nur ein Ausgleich für die Kosten stattfindet, die auch europäische Anbieter durch den ETS zu tragen haben, eine Diskriminierung mithin vermieden wird. Auch müssen CO₂-Kosten, die ausländischen Anbietern in ihrem Heimatland entstehen, berücksichtigt werden. Dadurch entstehen auch in Drittländern entsprechende Anreize zur CO₂-Vermeidung.
- Ein Grenzausgleich ist kein Instrument, mit dem eine Transformation in Richtung CO₂-arme Stahlerzeugung direkt gefördert würde. Es dient vielmehr in der **Phase des Übergangs** dazu, dass herkömmliche CO₂-intensive Verfahren in der EU nicht vorschnell abgeschaltet werden. **Einnahmen** aus dem Grenzausgleich können jedoch zur Stützung der Transformation verwendet werden und damit den Übergang in eine CO₂-arme Stahlerzeugung erleichtern.
- Die Stahlindustrie in Deutschland begrüßt, dass die Möglichkeiten zur Einführung eines Border Adjustments gegenwärtig von der Europäischen Kommission geprüft werden. Sofern ein Grenzausgleich eingeführt wird, muss dieser jedoch auch so ausgestaltet sein, dass Carbon Leakage wirksam vermieden wird. Keinesfalls darf dieses Instrument mit der Aussicht verbunden sein, die **kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten** abzuschaffen oder Anlass sein, auf eine **vollumfängliche Strompreiskompensation** zu verzichten.